Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 80 Pf., bei lokalen Anzeigen 60 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unseres Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schudels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 228 | Donnerstag, den 29. September 1921 | 49. Jahrgang

Die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

(W) Ministerpräsident Briand als Vorsitzender des Obersten Rates hat dem deutschen Botschafter Dr. Mayer heute mittag eine Note überreichen lassen, in der mitgeteilt wird, daß die wirtschaftlichen Sanktionen mit Wirkung vom 30. 9. aufgehoben werden.

An diese Mitteilung schließt sich folgende Aufforderung an: Die Alliierten laden die deutsche Regierung ein, möglichst bald ihre Delegierten zu bezeichnen, die zusammen mit den alliierten Sachverständigen die Modalitäten festsetzen werden, nach denen die Lizenzen geprüft und ausgestellt werden, in Uebereinstimmung mit der Entscheidung des Obersten Rates vom 13. 8. 21.

Deutscher Reichstag.

(Sitzung vom 26. September.)

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß am 7. Oktober das Wahlprüfungsgericht zusammentritt. Eine Beschwerde des Abg. Remmele (Komm.) gegen eine in seinem Berliner Büro vorgenommene Haussuchung wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen, ebenso ein kommunistischer Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Wendelin Thomas-Augsburg.

Der Gesetzentwurf zur Verlängerung der Vorlage betr. Abweichung vom Biersteuergesetz bis zum 31. März 1922, bis zu welchem Zeitpunkt die Brauereien billige Streckungsmittel, wie Abfallreis und Mais, verwenden können, wird in erster und zweiter Lesung angenommen. — Es folgt der Nachtragshaushalt betreffend

die Teuerungszulage für die Reichsbeamten.

Nach der Vorlage soll mit Wirkung vom 1. August ab der Teuerungszuschlag zum Grundgehalt und zum Ortszuschlag für die planmäßigen Reichsbeamten in der Ortsklasse A 93% betragen, in B 91%, in C 89% in D 87% und in E 85%. Auch die außerplanmäßigen Reichsbeamten erhalten einen weiteren Teuerungszuschlag. Abg. Steinkopf (Soz.) stellt fest, daß eine fühlbare Milderung der Not der Beamten durch die Vorlage nicht erreicht werde. Es soll eine Staffelung nach Gehaltssätzen eintreten, wobei die Geringbesoldeten besonders berücksichtigt werden. — Abg. Dr. Petersen (Dem.) bedauert ebenfalls, daß die Wünsche der Beamten nicht befriedigt werden können. Die Staffelung der Zuschläge nach Ortsklassen muß verschwinden. Die Auszahlung der Gehaltszulagen muß beschleunigt werden. — Abg. Beuermann (D. Vp.) weist darauf hin, daß für den Einzelnen die neuen Zulagen verschwindend gering sind. Die Beamtenschaft bleibe hinter der Arbeiterschaft zurück. Der Beamte erhält heute das 3½fache bis 5fache, der Arbeiter das 10- und 12fache der Friedenslöhne. — Abg. Deglerk (Deutschnatl.) erklärt ebenfalls, daß die Vorlage nicht vollkommen ist. Die Sätze müssen bald erhöht werden. Ebenso unhaltbar ist die Differenzierung der Kinderzulagen. Dadurch wird die Erziehung der Kinder gefährdet. Die Grundgehälter müssen erhöht werden. — Abg. Dr. Hoefle (Zentr.) verlangt einen einheitlichen Teuerungszuschlag. Der Reichstag wird sich gleich mit einer neuen Teuerungszulage beschäftigen müssen. — Abg. Dauer (Bayr. Volksp.) stimmt dem Gesetz zu. — Abg. Frau Zietz (Unabh.) hält die Vorlage für unzureichend. — Abg. Wartz (Komm.) lehnt sie als unzulänglich ab. — Der Gesetzentwurf wird darauf in allen drei Lesungen unverändert gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Das Explosionsunglück in Oppau.

Auf der Tagesordnung steht dann die mehrheitssozialistische Interpellation, die die Regierung auffordert, festzustellen, welche Umstände das Unglück verschuldet haben und was zur Verhinderung derartiger Unglücksfälle geschehen sei. Den Geschädigten soll aus öffentlichen Mitteln Hilfe geleistet werden. Aehnliche Anträge der Unabhängigen und Kommunisten werden mit der Beratung verbunden.

Abg. Brey-Hannover (Soz.) begründet die Interpellation. Er gibt die Zahl der Opfer und den Wert der zerstörten Güter an und spricht den Angehörigen das herzlichste Beileid aus. Der Herd des Unglücks ist ein Ammonsulfatlager gewesen. Dieses Material wurde früher zu Sprengstoffen verwendet. Noch immer lagern in Oppau 8000 Tonnen Ammonsulfat. Diese dürfen nicht noch ein zweites Unglück verursachen. An der Untersuchung müssen Arbeiter beteiligt sein. An der Unglücksstelle herrschte schon vorher eine ungewöhnliche Temperatur. Es darf nicht eher gesprengt werden, solange das Unglück nicht vollständig geklärt ist. Die Hinterbliebenen müssen ausreichend versorgt werden. Auch der geschädigten Bevölkerung von Oppau muß Hilfe zuteil werden. — Reichsarbeitsminister Braun berichtet über seine Reise nach Oppau. Es steht immer noch nicht fest, wieviel Menschenopfer die Katastrophe gefordert hat. Es ist trotz angestrengter Arbeit noch nicht gelungen, sämtliche Tote zu bergen. Eine Anzahl von Toten in unmittelbarer Nähe der Unglücksstätte wird überhaupt nicht mehr gefunden werden. Im ganzen muß mit etwa 400 Toten gerechnet werden. Mehrere 100 Personen sind schwerbeschädigt, eine große Anzahl ist leicht verletzt worden. Der Minister schildert das Trümmerfeld in Oppau. Allein die Beseitigung der Trümmer wird Millionen fordern. In einem Teil des zerstörten Werkes wird der Betrieb trotzdem in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder aufgenommen werden können. Angestellte und Arbeiter haben große Geistesgegenwart bewiesen und mit eigener Lebensgefahr eingegriffen, sonst wäre der Umfang des Unglücks noch viel größer geworden. Die Explosion eines Lagers von ungefähr 4500 To. Ammonsulfatsalpeter hat die Katastrophe herbeigeführt. Ammonsulfatsalpeter ist an und für sich nicht explosiv, kann aber durch heftigen Impuls zur Explosion gebracht werden. Man war der Ansicht, daß auch ein größeres Lager keine Gefahr bedeute. Die eigentliche Ursache der Explosion wird kaum festgestellt werden können. Bisher wußte man nicht, daß dieses Salz explosiv wirken könnte. Die chemisch-technische Reichsanstalt hat nach der Katastrophe Versuche damit angestellt, die noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Die Herstellung dieser Salze wird in Oppau nicht weiter erfolgen. Dafür sollen ungefährliche Düngemittel erzeugt werden. Ein Reichsausschuß ist eingesetzt worden, der für eine Beschleunigung des Hilfswerkes sorgen wird. Ein besonderes Gesetz zur Versorgung der Opfer in Oppau ist nicht notwendig. Es wird alles geschehen, um helfend einzuschreiten.

In der Besprechung rühmte Abg. Hoffmann-Ludwigshafen (Ztr.) die heldenhafte Kameradschaft der Arbeiter und der Hilfsbereitschaft der Nachbargemeinden und der Besatzung. 63% aller Baulichkeiten in Oppau sind überhaupt nicht wieder aufzubauen. Die Badische Anilinfabrik ist ein Muster betrieb hinsichtlich des Arbeiterschutzes. Die Vermutungen der ausländischen Presse, daß in Oppau im Geheimen gefährliche Sprengstoffe hergestellt werden, entbehren jeder Begründung. — Abg. Dr. Semmler (D.-N.) spricht den Opfern das Mitgefühl seiner Partei aus, bezweifelt aber die Zuständigkeit des Reichstages für solche Erörterungen. Das entscheidende Urteil hat hier der chemische Sachverständige zu fällen. Auch wir sind für einen Untersuchungsausschuß. Jede Parteipolitik muß aber ausgeschaltet werden. — Abg. Moldenhauer (D. Vp.): Einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß stimmen wir zu. Wir müssen die Untersuchung abwarten. Der Reichstag kann nichts weiter tun, als Mittel für die Opfer bewilligen. Das Notgesetz lehnen wir ab. — Abg. Schwarz-Baden (U.): Die Unschuld der Fabrikdirektoren ist noch nicht nachgewiesen. Schamlos ist das Treiben der Filmoperateure und anderer, die aus dem Unglück eine Sensation machen. Der Redner begründet den Antrag auf Schaffung eines Notgesetzes für die Opfer. — Abg. Dietrich-Baden (Dem.): Ein Untersuchungsausschuß ist völlig zwecklos. Hier kann es sich nur um eine wissenschaftliche Kommission handeln. Eine vollkommene Aenderung der sozialen Gesetzgebung wegen dieses Unglücks lehnen wir ab. Die Angriffe treffen die Arbeitgeber nicht. — Abg. Remmele (Komm.): Nur für die Profitgier sind die Oppauer Arbeiter geopfert worden. Zu der Untersuchung durch diese Regierung haben wir kein Vertrauen. Die Arbeiter selbst müssen dabei beteiligt sein. — Abg. Schwarzer (Bayr. Vp.) hält einen Reichstagsausschuß für entbehrlich und beantragt, daß dieser zum mindesten mit dem Untersuchungsausschuß des bayerischen Landtages zusammenarbeiten müsse.

Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses wird beschlossen, die von den Kommunisten beantragte Hinzuziehung von Arbeitern aus Oppau jedoch abgelehnt. Abgelehnt wird auch der Antrag Schwarzer.

Nächste Sitzung Freitag. Friedensvertrag mit Amerika.

Preußischer Landtag.

(Sitzung vom 28. September.)

Das Haus, welches gestern seine Sitzungen wieder aufnahm, ehrte das Andenken der verstorbenen Abgeordneten Heller-Berlin (Soz.) und Oellerich-Hannover (Soz.) durch Erheben von den Sitzen. — Der Entwurf über die Aenderung des Beamtendiensteinkommengesetzes vom 7. September 1920 wird mit dem Antrag Ebersbach (Deutschntl., über das Besoldungsdienstalter der Militäranwärter an den Beamtenausschuß überwiesen.

Eine längere Aussprache ergibt sich bei der Beratung der Abänderung der Anordnung vom 10. August 1920 über die Beschäftigung weiblicher Angestellter in Gast- und Schankwirtschaften. Nach § 2 soll die Beschäftigung weiblicher Angestellter in einer Gastwirtschaft untersagt werden, wenn dies die Interessen der Gesundheit oder die guten Sitten gefährdet. Sie muß untersagt werden, wenn die Person des Wirtschaftsinhabers keine hinreichende Gewähr bietet. — Die Vorlage geht mit einigen Abänderungen an den Bevölkerungsausschuß, desgleichen ein Antrag Siering (Soz.) auf Annahme eines Gesetzentwurfes über das Gebäudeversicherungswesen.

Das Haus tritt darauf in die Beratung des Antrages Esser (Zentr.) auf schleunige Vorlegung eines Entwurfes ein über zeitgemäße Erhöhung der Hausiersteuer. — Abg. Dr. Grund (Dem.) begründet den demokratischen Antrag, die Besteuerung des Hausier- und Straßenhandels den Lasten des stehenden Gewerbes anzugleichen und Maßnahmen zur Einschränkung des Hausier- und Straßenhandels unter Berücksichtigter berechtigter Interessen zu ergreifen. — Abg. Bolezych (Deutschntl.) verlangt, daß der Besteuerung auch Personen unterworfen werden, die innerhalb ihres Wohnortes hausieren. — Die Anträge werden dem Handelsausschuß überwiesen.

Hierauf begründet Abg. Dr. Steffens (D. Vp.) einen Antrag auf Förderung der Königsberger Universität. Die Beratung hierüber wurde nach zustimmenden Erklärungen einiger Abgeordneter abgebrochen.

Der Sturz der Mark

geht noch unaufhaltsam weiter. Gestern fiel der Wert der Mark, auf je 100 (England 1 Pfd. St., Amerika 1 Dollar) der betr. Landeswährung berechnet, in:

Holland	von 3975	auf 4075	Mk.
Schweden	von 2820	auf 2905	Mk.
Schweiz	von 2160	auf 2185	Mk.
Frankreich	von 887	auf 899	Mk.
England	von 472	auf 474	Mk.
Amerika	von 124,20	auf 127	Mk.

Der Korrespondent von „Politiken" hatte gestern Gelegenheit, drei der ersten Finanzmänner Londons über den Rückgang der deutschen Mark zu befragen. Der Leiter der Londoner Filiale eines der größten Bankhäuser sagte: Wenn die Alliierten nicht ihre unmöglichen Kriegsentschädigungsforderungen gestellt hätten, glaube ich bestimmt, daß die deutsche Valuta normal sein würde. Indessen muß bald der Zeitpunkt kommen, da die Alliierten diese Summe als ganz phantastisch ansehen werden. Ich glaube nicht an einen deutschen Bankerott, dazu sind die Deutschen zu sehr Geschäftsleute. Die ganze Valutaspekulation mit deutschem Gelde hätte längst verboten werden müssen. Sehr wenige Amerikaner haben ihr Geld in Deutschland angelegt, dagegen weiß ich, daß eine große englische Gesellschaft dieser Tage eine große deutsche Fabrik übernommen hat, um die niedrigen Arbeitslöhne und den deutschen Fleiß auszunutzen, zwei Dinge, zu denen die übrige Welt allzu langsam zurückkehrt.

Der bekannte Abgeordnete Dr. Heim sprach gestern in München auf dem Verbandstag des landwirtschaftlichen Revisionsverbandes der bayrischen Bauernvereine über die wirtschaftliche Lage. Deutschland sei an einem Wendepunkt seines Wirtschaftslebens angekommen. Seit 6 Wochen sei der Wert der Mark um 50 bis 70 Prozent gesunken. Die Mark stehe heute so tief, wie in den schlechtesten Zeiten der Revolution. Die dritte und vierte Goldmilliarde würden wir überhaupt nicht mehr auf die Beine bringen können. Der tiefste Punkt unseres Niederganges sei noch gar nicht da. Es gebe nur eine einzige Hoffnung, nämlich die, auf die Einsicht des Auslandes, daß es mit unserem Niedergange gleichzeitig auch selbst zu Grunde gehen würde. Am Wiederaufbau, der unbedingt notwendig sei, kann jeder einzelne Volksgenosse mitarbeiten und mithelfen. Tatsächlich kann uns nur die Arbeit und das Wiedererwachen des Gewissens retten.

Für eine große, christliche, nationale Partei.

Der preußische Ministerpräsident Stegerwald nimmt in einem bemerkenswerten Artikel „Zur Neuorientierung des Parteiwesens" im „Deutschen" das Wort, in dem er für die Schaffung einer „deutschen Aufbaupartei" eintritt. Nachdem er sich mit den bestehenden Parteien des längeren kritisch auseinandergesetzt hat, kommt er zu folgendem Ergebnis:

Ich sehe es als ein zwingendes Gebot der Stunde an, daß in Deutschland auf politischem Gebiete ein ganz anderes Verhältnis zwischen Protestantismus und Katholizismus herbeigeführt wird, als es in der Vergangenheit der Fall war. Dafür scheint mir jetzt die Stunde so günstig, wie noch nie seit der Reformation. Die Initiative für den politischen Umdenkungsprozeß fällt dabei meines Erachtens dem Katholizismus zu. Er ist auf politischem Gebiete seit der Reformation zum ersten Male in Preußen-Deutschland der stärkere Teil gegenüber dem Protestantismus. Die Verhältnisse sind gegenwärtig in dem Vergleich zu früher völlig umgekehrt. Diese Stunde hat der Katholizismus politisch, staatsmännisch, weise und mäßigend, und in wahrhaft deutschem vaterländischem Interesse gegenüber seinen evangelischen Mitbürgern zu nützen. Nach der Revolution war die Neubildung einer breiten christlichen Volkspartei auf dem Boden meiner Essener Ideen, die ich nach wie vor für eine zwingende christliche deutsche Lebensfrage ansehe, möglich. Die eigentliche Neubildung einer solchen Partei kann heute kaum mehr in Frage kommen; heute wäre das ein parteipolitisches Experiment, und dafür sind die Zeiten zu ernst.

Heute kann es sich nur darum handeln, Wege zu suchen, auf denen sich die politisch Gleichgesinnten und wahren Vaterlandsfreunde im katholischen und evangelischen Lager in einem dauernden politischen Parteiverband etwa auf dem Boden des Essener Programms zusammenfinden können. Den Grundstock für diesen Parteiverband dürfte die Zentrumspartei abzugeben haben. Dadurch, daß die evangelische Landeskirche sich eine neue Verfassung gegeben hat, das Verhältnis der katholischen Kirche durch Reichs- und Landeskonkordate mit dem Vatikan neu geregelt wird, die Reichsverfassung die Trennung von Staat und Kirche vorsieht, von einem „evangelischen Kaisertum", wie es manchen evangelischen Kreisen vorschwebt, realpolitisch betrachtet, kaum wieder die Rede sein kann, der preußische Staat nicht mehr als „evangelische Festung" wird gestaltet werden können, daher auch die „katholische Gegenfestung" umgebaut werden kann, ist das Verhältnis der beiden großen Religionsgesellschaften im Vergleich zu früher von Grund auf geändert worden. Ein großer christlicher Parteiverband auf dem Boden des Essener Programms mit mindestens 120 Mandaten, denen einige Dutzend Nichtkatholiken, allerdings größtenteils vom evangelischen Volk selbst gewählte, mit einer Reihe ausgesuchter politischer Köpfe angehören, ist eine Partei von so gewaltiger Durchschlagskraft, daß ohne ihn für alle Zeiten keine politische Koalition in Deutschland möglich ist und der dem deutschen Wiederaufbau, an dem es ja jahrzehntelang zu arbeiten gilt, in starkem Maße seinen Stempel aufzudrücken vermag, geschehen kann, wenn das jetzige Kabinett Wirth zurücktritt, um die Bildung eines gänzlich neuen Kabinetts zu ermöglichen. So wenigstens ist es im parlamentarisch regierten Ländern Brauch, und Deutschland gehört ja seit dem 9. November 1918 zu den — parlamentarisch regierten Ländern.

Zur Frage der Kabinettsneubildung.

(TU) Sowohl im Preußischen Landtag, als auch im Reichstage fanden gestern Fraktionssitzungen der einzelnen Parteien statt, ohne daß es zu einer Klärung in der Frage der Neubildung des Kabinetts gekommen wäre.

Ministerpräsident Stegerwald weilte gestern abend beim Reichskanzler, mit ihm die Führer der Koalitionsparteien und der Abgeordnete Stresemann. Die Regierungsbildung im Reiche und in Preußen bildete den Verhandlungsstoff. Es muß dabei hervorgehoben werden, daß die von maßgebender Stelle wiederholt betonte Wichtigkeit eines Vorgehens der preußischen Kabinettsbildung vor der im Reiche gegenwärtig im Urteil der interessierten Parlamentskreise aus guten Gründen nicht mehr so anerkannt wird wie noch vor einigen Tagen.

Belagerungszustand über Belfast.

(TU) In Belfast ist am Montag der Belagerungszustand proklamiert worden. Die militärischen Verstärkungen wurden mit Panzerautos nach Belfast gebracht. Seit Sonntag abend sind insgesamt 6 Tote und 60 Verwundete zu verzeichnen. Unter letzteren befinden sich viele, deren Zustand hoffnungslos ist. Es wird weiter berichtet, daß einige Sinnfeiner in der Stadt mit modernen Gewehren ausgerüstet waren und daß junge Frauen bei den Straßenkämpfen die Munition herbeischleppten. Der Ministerpräsident Craigh teilte am Montag im Ulsterparlament mit, daß er mit den militärischen und Polizeibehörden eine Verhandlung gehabt habe. Es wurde beschlossen, in gewissen Teilen Nordirlands die Bürgerwehren zu mobilisieren.

Kleine Nachrichten.

Gestern ist die offizielle Zustimmung der bayrischen Regierung zu den zwischen dem Reichskanzler und dem Grafen Lerchenfeld getroffenen Vereinbarungen in Berlin eingetroffen. Die den Vereinbarungen entsprechende Abänderung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. 8. wird voraussichtlich heute veröffentlicht werden.

Der Münchener Polizeipräsident Poehner ist gestern zurückgetreten.

Der Polizeipräsident von Berlin verbot auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. 8. die für den 2. 10. im Sportpalast geplante Heerschau „Schwarz-Weiß-Rot". Die Veranstalter der geplanten Heerschau gehören den gleichen Kreisen an, wie die Veranstalter des Frontkämpfertages.

Die holländischen Abendblätter berichten, daß Freiherr von Lucius als Nachfolger des Gesandten von Rosen ausersehen ist. Das B. T. bestätigt diese Meldung. Das Agrément der holländischen Regierung für Herrn von Lucius werde stündlich in Berlin erwartet.

Herr Wagner vom Europa-Asien-Industrie-Handelshaus in München, der sich auf Grund des deutsch-russischen Abkommens nach Moskau begeben hat, ist dort von der altrussischen außerordentlichen Kommission verhaftet worden.

Nach einer Meldung des Dresdener Polizeipräsidiums wurde vorgestern in der inneren Stadt ein Lastauto mit einer Anzahl Gewehre und Munition beschlagnahmt. Der Führer des Transports wurde in Gewahrsam genommen. Die Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Russische Millionenbanknoten im Werte von je einem 5- und 10-Millionen-Rubel, 500 Rubel gleich einer Mark, sollen laut B. T. nach einem Beschluß der Sowjetregierung demnächst zur Ausgabe gelangen.

Westfalen und Rheinland.

Die Tariferhöhung im Personenverkehr.

Kamen, 29. Sept. Für die Tariferhöhung im Personenverkehr, die, wie bereits mitgeteilt, auf den deutschen Eisenbahnen zum 1. Dezember d. J. in Kraft treten wird, ist nunmehr folgendes festgesetzt und zur Durchführung bestimmt worden:

Mit Wirkung vom 1. Dezember ab werden die Fahrpreise des Fernverkehrs, einschließlich der Fahrpreise für Hunde, Arbeiterrück- und Zeitkarten, um 30 v. H. erhöht. Die Erhöhung erstreckt sich auch auf die Schnellzugszuschläge, die künftig in der 1. Zone (bis 75. Kilometer) in der 1. und 2. Klasse 10 Mark, in der 3. Klasse 5 Mark, für die 2. Zone (76 bis 150 Kilometer) in der 1. und 2. Klasse 20 Mark, in der 3. Klasse 10 Mark und in der 3. Zone (bei Entfernung von über 150 Kilometern) in der 1. und 2. Klasse 30, in der 3. Klasse 15 Mark kosten werden. Die Preise der Nachlösekarten sollen vorläufig noch unverändert bleiben. Die neuen Fahrpreise für Bahnsteig, Bettkarten, sowie die übrigen erhöhten Gebühren sollen noch bekanntgegeben werden.

Die Vorarbeiten für die Tariferhöhungen im Güter- und Tierverkehr, die abweichend von den Erhöhungen im Personenverkehr bereits am 1. November in Kraft treten sollen, sind voll im Gange. Auch für diese Tarife soll, wie wir erfahren, dem vorläufigen Eisenbahnbeirat eine gleichmäßige Erhöhung von 30 v. H. vorgeschlagen werden, die voraussichtlich in Form eines rohen Zuschlages zur Erhebung kommen wird.

Dem Beispiele der nordischen Länder folgend, beabsichtigt auch die Reichsbahnverwaltung auf deutschen Bahnstrecken demnächst, möglicherweise schon zum Fahrplanwechsel am 24. Oktober auf vielbefahrenen Strecken einen Schlafwagentyp für die 3. Wagenklasse versuchsweise in den Dienst zu stellen. Dieser neue Schlafwagen, von dem zur Zeit 10 Stück bei den Linke-Hofmannwerken im Bau sind, wird in 12 sogenannten Halbabteilen 36 Schlafplätze 3. Kl. enthalten. Seiner besonderen Inneneinrichtung wegen wird der neue Schlafwagen ein hochgewölbtes Dach, ähnlich wie die Bayerischen Staatsbahn-D-Wagen, erhalten, an dem gut durchkonstruierte Entlüftungsanlagen seitlich angebracht sind und für ausreichenden Luftwechsel sorgen. Für die Beleuchtung erhält der Schlafwagen eine elektrische Lichtmaschine. Die Schlafplätze, drei übereinander angeordnete Liegestätten, werden mit Liegepolstern und Keilkissen ausgerüstet, während die Reisenden für Decken und Bettwäsche sorgen müssen. Der Mittelgang ist niedriger als bei gewöhnlichen Wagen, da durch eine eingebaute Zwischendecke Raum in den Abteilen zur Unterbringung von Handgepäck geschaffen ist. An der Zwischenwand, die die einzelnen Abteile von einander scheidet, sind Haken zur Aufnahme der Kleidung der Reisenden angebracht. Außer den Schlafabteilen enthält der Wagen bei einer Länge von 19 Metern noch ein Abteil für Schaffner, zwei Aborte und zwei Waschkabinen. Eine gute Innenverkleidung aus Holz sorgt für den nötigen Wärmeschutz.

*

§ **Kamen**, 29. Sept. (Verschiedenes.) In der 38. Jahreswoche vom 11. bis 17. Sept. sind im Landkreise Hamm außer einem Erkrankungsfall an Diphtherie in Berge übertragbare Krankheiten nicht zur Anmeldung gekommen. — Im ganzen Regierungs-Bezirk Arnsberg betrug die Zahl der Krankheitsfälle (Todesfälle eingeklammert) bei Diphtherie 26 (2), Genickstarre 1 (2), Kindbettfieber 7 (1), Tuberkulose (33), Ruhr 131 (15), Scharlach 74 (1), Unterleibstyphus 32 (1), Paratyphus 14, Grippe 3 (2), Kinderlähmung 1.

(Der Wert der Mark.) Es waren zu zahlen:

für		am 27. Septbr.	am 15. Septbr.	am 1. Septbr.
Holland	100 Fl.	3975 Mk.	3430 Mk.	2710 „
Schweden	100 Kr.	2820 „	2370 „	1850 „
Schweiz	100 Fr.	2160 „	1890 „	1466 „
Frankreich	100 Fr.	887 „	762 „	614 „
England	1 Pfd. St.	472 „	408 „	318 „
Amerika	1 Dollar	124,20 „	109,90 „	85,50 „

Vor dem Kriege war der Kurs in Holland 168 Mk., in Schweden 112 Mk., in der Schweiz und Frankreich 80 Mk. für je 100, in England 20,43 und in Amerika 4,20 für je 1 der betr. Landeswährung.

(1 Mark = 3½ Pfennig.) Der Rückgang des Markkurses nimmt immer mehr katastrophale Formen an. Nachdem der Dollar am Schluß der vorigen Woche nach vorübergehender leichter Erholung wieder auf 109 angezogen hatte, konnten Dollarnoten an der Montag-Börse ihren Preisstand auf 117 erhöhen, um gestern in den Mittagsstunden einen neuen Rekordsatz von 122,50 aufzustellen. (Der amtliche Schlußkurs lautete sogar auf 124,12 bezw. 124,38. Red.) Es bedeutet dies, daß der Wert der Reichsmark an amerikanischen Zahlungsmitteln gemessen nunmehr bis auf 3½ Pfennig heruntergegangen ist.

41 Milliarden Mark hat das deutsche Volk im Jahre 1920 für entbehrliche Auslandswaren ausgegeben. Unter diese ungeheure Summe fällt u. a. 40 Millionen Mark für Seifen und Parfümerien aus Frankreich, 390 Millionen Mark für alkoholische Getränke, über 4 Millionen Mark für Haarnetze, über 58 Millionen Mark für Seiden- und Tüllwaren, über 66 Millionen Mark für Pelze und fast 2 Millionen Mark für Schmuckfedern und Reiher. — Im Jahre 1921 haben sich die Verhältnisse durch die Sanktionen bedeutend verschlechtert, ganz abgesehen von der ziemlich großen Verworrenheit, die durch die Einführung der neuen Rheinzollgrenze entstanden ist. Es ist traurig, daß gerade in dieser Zeit, wo bei uns die Handelslosung lauten müßte: Möglichst wenig einführen, möglichst viel ausführen!, von den deutschen Männern und Frauen mehr Auslandswaren begehrt werden denn je.

Niederaden, 28. Sept. (Diebstahl.) Während er vor wenigen Tagen mit seiner Familie um nahen Kamen weilte, drangen Diebe am hellichten Tage in die abgeschlossene Wohnung des Bergmanns Georg Kwetkat hierselbst und stahlen tasche. Anscheinend haben die Diebe auch den einen Anzug, ein Paar Schuhe und eine Akten-Inhalt des Wäscheschrankes vermindert. Als Täter kommen nur Kenner der Verhältnisse in Frage.

* **Kaiserau**, 28. Sept. (Mißhandlung.) Von einem Mitbewohner eines Hauses in der Glückaufstraße hierselbst wurde der 72 Jahre alte Invalide Gottfried N. aus nichtssagenden Gründen in roher Weise mit einer Düngergabe derart vor den Kopf geschlagen, daß er bedenklich erkrankt ist und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

*

Schwurgericht.

Dortmund, 27. Sept. Das Schwurgericht, das gestern unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Nickol seine diesjährige neunte Tagung in der üblichen Weise begann, verhandelte in seiner ersten Sitzung gegen die Bergleute Valentin Kurtkowiak aus Stockum und Michael Ratajczack aus Kley wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz. Die noch unbestraften Angeklagten hatten am 1. Mai an dem Fest eines Solot-Vereins in Lütgendortmund teilgenommen, tüchtig dem Alkohol zugesprochen und befanden sich um Mitternacht auf dem Heimwege. Trotzdem sie schon stark angetrunken waren, hatten sie ebenso wie ihre 5 Begleiter auf dem Wege nach Kley den unwiderstehlichen Drang, noch einen zu nehmen. Sie glaubten bei dem Wirt Rüßmann noch Schnaps bekommen zu können. Doch dieser zeigte sich gänzlich abgeneigt und beförderte die Angeklagten, die in sein Haus eindringen wollten, recht unsanft hinaus. Dabei bekam Kurtkowiak von Rüßmann einen Tritt, daß er zu Boden fiel. Wenig erfreut über die ihnen zuteil gewordene Behandlung kehrten die beiden Angeklagten zu ihren Kameraden zurück, um sich nach kurzer Zeit von ihnen zu trennen, ohne noch einen Abschiedstrunk mit ihnen genommen zu haben. Die üble Behandlung durch den Wirt Rüßmann warmte die Angeklagten doch mächtig, sie beratschlagten, wie sie Rüßmann das heimzahlen sollten. Sie verabredeten, dem Rüßmann eine Bombe vor die Türe zu werfen. Ratajczack hatte eine Bombe zu Hause. Diese mußte er holen und beide Angeklagten begaben sich zum Hause Rüßmanns zurück. Ratajczack brachte die Bombe zur Entzündung. Es entstand eine Explosion, die allerdings nicht viel Schaden anrichtete. Es wurde ein Loch in die Erde gerissen, Mörtel vom Hause abgesprengt und es wurden einige Fenster zertrümmert. Der angerichtete Schaden betrug etwa 500—800 Mark. Die Angeklagten, von denen Kurtkowiak ein arger Schnapstrinker ist, waren betrunken, aber nicht so, daß sie nicht zurechnungsfähig waren. Der Streit drehte sich um die Frage, ob die Bombe Sprengstoff im Sinne des Gesetzes enthalten habe.

Die Geschworenen bejahten bei beiden Angeklagten die Schuldfragen, flehten aber durch ihren Obmann die Bitte aussprechen, den Angeklagten die Wohltat der Begnadigung zuteil werden zu lassen.

Der Gerichtshof setzte dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend die Strafe auf je 1 Jahr Zuchthaus fest und rechnete 4 Monate 2 Wochen Untersuchungshaft an. Hinsichtlich der Reststrafe wurde Aussetzung des Vollzugs ausgesprochen.

*

! **Dortmund**, 28. Sept. (Verschiedenes.) Als die Eheleute Peter Bouraoulel, Wambelerstraße 15, abends heimkehrten und kaum den Hausflur betreten hatten, wurden sie von dem Arbeiter Philipp Burkardt, dessen Haushälterin und mehreren Kostgängern überfallen und einer Brieftasche mit 800 Mark beraubt. — Ein schwerer Einbruch wurde im südlichen Stadtteil ausgeführt. Gestohlen wurden Bett- und Tischwäsche, Anzüge und Goldsachen.

Soest, 28. Sept. Ueber die Waffenfunde in Lohne berichtet der soz. „Hammer" noch: Beim Landwirt Karl Buckemüller, wohnhaft in Lohne 54, wurden folgende Waffen auf dem Strohboden versteckt aufgefunden und in das Polizeibüro Soest gebracht: 25 Karabiner, 1 Waffenmeisterovorratskasten, 1 Gurtfüller, 2 Behälter mit je 5 M.-G.-Läufen, 6 Behälter mit je 2 M.-G.-Läufen, 4 Behälter mit je 1 M.-G.-Lauf. Desgleichen wurden beim Landwirt Karl Rohe, wohnhaft in Elsen, folgende Waffen im Kutschwagenschuppen versteckt aufgefunden: 1 Kiste Handgranaten, 2 Kisten M.-G.-Ersatzteile, 1 Waffenmeisterovorratskasten, 1 Blechkiste mit Ersatzteilen. Die Waffen sind unter Leitung des Schutzpolizei-Leutnants Tendering aus Soest bei Nacht und Nebel, in Kisten sorgfältig verpackt, durch Autos der Schutzpolizei Soest verschoben worden. Außerdem ist noch der Reichsbankbeamte Dörr bei der Schiebung, die durch einen scheinbar mit Pferdemist beladenen Lastkraftwagen der Schupo vor sich ging, beteiligt. Dörr ist ehemaliger Leutnant der Reichswehr und die rechte Hand des Reichsbankvorstehers Schulle, des hiesigen Vertrauensmanns der Orgesch. Außer diesen Herren haben noch die Landwirte Dietrich Hundsdieck, Karl Rohe und Wilhelm Rohe ihre Hand direkt im Spiel. Die letzteren drei sind sämtlich aus Elsen und bereits verhaftet. Im ganzen sind von der Schupo-Kaserne in Soest nach den Feststellungen bis Donnerstag abend 40—50 Zentner Waffen verschoben worden. Die Spuren reichen bis Juni zurück. Bis heute sind erst 10 Zentner Waffen aufgefunden.

(O) **Bochum**, 28. Sept. (Aus der Kreisverwaltung.) In der jüngsten Sitzung der Kreiswirtschafts-Kommission des Landkreises Bochum wurde einstimmig beschlossen, der beabsichtigten Erhöhung des Aktienkapitals des Elektrizitätswerks Westfalen die Zustimmung zu geben. Zur Linderung der dringendsten Not der vom Unglück in Oppau Betroffenen wurden 20 0000 Mark bewilligt. Bei der Bemessung des Betrages wurde berücksichtigt, daß die Gemeinden des Landkreises außerdem aus eigenen Mitteln das Unterstützungswerk für Oppau fördern werden. So hat beispielsweise die Gemeinde Wenmar bereits 10 000 Mark bewilligt. Auf Antrag eines kommunistischen Vertreters wurden zur Linderung der Hungersnot in Rußland 10 000 Mark bewilligt mit der Maßgabe, daß dieser Betrag dem deutschen Roten Kreuz zur Verwendung überwiesen werden soll. Der Milchpreis wurde von 3,40 Mark auf 5,80 Mark für das Liter Vollmilch erhöht und der Preis für Magermilch auf 2 Mark festgesetzt.

Bochum, 28. Sept. In der Badewanne ertrunken ist der 19jährige Schlosser Otto Rau, der sich zur städtischen Badeanstalt begab und dort ein Wannenbad nahm. Da er nach längerer Zeit nicht aus der Badezelle zurückkam, wurde die Zellentür, die verschlossen war, aufgebrochen, und man fand den jungen Mann tot in der Badewanne vor. Er litt an epileptischen Anfällen und ist wahrscheinlich im Wasser davon betroffen worden.

Hagen, 28. Sept. (Pfarrer Ravenschlag †.) Im hiesigen Krankenhause starb unerwartet Pfarrer Ravenschlag aus dem benachbarten Herdecke, den die hiesige Kreissynode erst vor zehn Tagen zum Superintendenten berufen hatte. Der Verstorbene war erster Vorsitzender des Rheinisch-Westfälischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine, für die der frühe Heimgang dieses trefflichen Mannes ein schwerer Verlust ist.

* **Hagen**, 28. Sept. (Plötzlicher Tod.) Ein hiesiger Schuhmachermeister hatte sich abends in einer hiesigen Wirtschaft an den Stammtisch gesetzt und einen Schnaps bestellt. Der Wirtsfrau fiel auf, daß der Mann sein Getränk nicht zu sich nahm, und als sie ihn ansprach, mußte sie wahrnehmen, daß ein Herzschlag seinem Leben ein Ende bereitet hatte.

(O) **Hagen**, 28. Sept. (Einbruch in die Stationskasse.) Einbrecher aus Dortmund statteten der Stationskasse in Kabel einen Besuch ab. Sie wurden von der inzwischen benachrichtigten Polizei verhaftet, als sie in Dortmund den Zug verließen.

(O) **Neheim**, 28. Sept. (Autounglück.) Das Auto des Fabrikanten Brückelmann von hier rannte auf der steilen Straße von Küntrop nach Neuenrade gegen mehrere Bäume und kippte um. Sämtliche fünf Insassen wurden herausgeschleudert. Die Frau des Autobesitzers erlitt einen schweren Oberschenkelbruch, ein Herr aus Dortmund außer anderen schweren Verletzungen einen Schädelbruch. Die anderen Insassen kamen mit weniger schweren Verletzungen davon. Der Lenker des Kraftwagens blieb völlig unversehrt.

* **Warstein**, 28. Sept. (Das Ende der Steuerfreiheit.) Bisher gehörte Warstein zu den wenigen glücklichen Orten, die keine Kommunalsteuer zu erheben brauchten. Dieser Vorzug hat jetzt aufgehört. Infolge der stetig wachsenden Ausgaben auf allen Gebieten sah sich die Stadtvertretung bei Vorlage eines Nachtragshaushaltsplanes gezwungen, die Erhebung von Kommunalsteuern zu beschließen. Die Einnahmen aus den großen Waldungen in Verbindung mit den Sparkassenüberschüssen sind nicht mehr in der Lage, mit den wachsenden Ausgaben Schritt zu halten. Es wurde beschlossen zu erheben: 500 Proz. der Grundsteuer, 100 Proz. der Gebäudesteuer, 500 Proz. der Gewerbesteuer in Klasse 1 und 2, sowie 200 Proz. in Klasse 3 und 4. — Zur Lebung der Wohnungsnot hat die Stadt im Vorjahre an Zuschüssen zur Errichtung von 37 Wohnungen 1¼ Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Die Stadtvertretung beschloß, in diesem Jahre die Zuschüsse nach festen Sätzen zu gewähren, und zwar 55 000 — für ein von einem Familienvater errichtetes Zweifamilienhaus — und 43 000 Mark für ein von einem Junggesellen erbautes Zweifamilienhaus. Für notwendige Wohnungserweiterungsbauten gewährt die Stadt im Falle nachgewiesener Bedürftigkeit einen Zuschuß bis zu 5000 Mark.

*

Verbandstag der Haus- und Grundbesitzervereine.

(+) **Essen**, 28. Sept. Der Verband der Haus- und Grundbesitzervereine für das rheinisch-westfälische Kohlenrevier, Sitz Gelsenkirchen, hielt am Sonntag nachmittag im Kruppsaale des städtischen Saalbaues in Essen seinen diesjährigen Verbandstag ab, zu dem mehrere hundert Vertreter der angeschlossenen Vereine erschienen waren. Der Verbandsvorsitzende, Justizrat Greve-Gelsenkirchen erstattete zunächst einen ausführlichen und eingehenden Jahresbericht. Daraus ging hervor, daß der Verband jetzt 100 Vereine umfaßt. Die Gesamtmitgliederzahl ist von 20 000 auf 50 000 gestiegen. Wegen der immer größer werdenden Geschäfte ist im vergangenen Jahre ein eigener Verbandsgeschäftsführer angestellt worden, in der Person des Syndikus Dr. Scheidle-Gelsenkirchen. Der Haushaltsplan für 1922 wurde auf 150 000 Mark festgesetzt. Die Zahl der Mitglieder des engern Vorstandes wurde von 12 auf 16 erhöht. Von den satzungsmäßig ausscheidenden Vorstandsmitgliedern wurden wiedergewählt: Justizrat Greve-Gelsenkirchen, Frank-Wattenscheid, und Degenhardt-Rotthausen. Anstelle des Herrn Nieder-Essen wurde der Vorsitzende des Essener Haus- und Grundbesitzervereins Goette in den Vorstand gewählt. Der vorgesehene

---

Stimmung . . .

Waldreiher badet im Sonnenlicht,
Tiefeinsamkeit umspinnt ihn dicht,
Seerosen träumen still und bleich,
Vögelein klagt im Gezweig.
Sommerschwüle lagert schwer —
Auge brennt, von Tränen leer.
Herz ist wie betäubt vom Leid,
Schicksal trennt uns — meereweit.

A. Gunthoff.

Lore Werneburg.

Roman von Hedwig von Putkamer.

(Nachdruck verboten.)

40. Fortsetzung.

Kalt und klar fielen Lores ruhige Worte. Doch statt ihn zu besänftigen, reizte ihre scheinbare Gelassenheit ihn nur noch mehr.

„Ach, was du sagst! Fabelhaft geschmackvoll ausgedacht: Also, entweder ich sollte ihm vor die Pistole gestellt werden oder doch mindestens Zeuge der Auseinandersetzung sein, die du mit deinem Liebhaber . . ."

„Nimm das Wort zurück!" Lores Augen flammten. Ihre Empörung war so echt, daß er stutzte. Tat er ihr doch unrecht? Unsicher geworden, lenkte er verbissen ein: „Erst den Beweis, dann nehme ich es zurück."

Sie zuckte die Achseln. „Wenn dir mein Wort nicht genügt, ich habe keinen anderen."

„Und das Bild?"

„Ich habe es verloren. Ich trug es immer bei mir. Er hat es gefunden."

„Und du meinst wahrhaftig, das soll ich glauben?"

„Frage ihn."

„Warum hast du gestern abend davon geschwiegen, wenn es wahr ist?"

„Herbert!" Ein jähes Erröten flammte über sie. In der Erinnerung noch empfand sie die Liebkosungen ihres Mannes wie eine Schmach. Er traute ihr den schändlichsten Betrug zu, ihr, die geschwiegen hatte, weil sie voll tiefen Glücks an seinem Herzen ruhte und dann von ihrer Seele hinwegsinken fühlte, was sie solange als heimliches Schweigen in Schuld und Bangen von ihm getrennt hatte.

Das war zu viel. Ihre Augen füllten sich mit Tränen. Er sah den Ausdruck in ihren sprechenden Zügen, sah die Tränen . . . und drehte sich kurz um. Ein dumpfes Schamgefühl, dem er nicht weichen wollte, regte sich. Wer gab ihm Gewißheit? Alles sprach gegen sie. Der Zweifel ließ ihn nicht aus den Klauen. Der andere würde natürlich sein Ehrenwort geben . . . er pfiff darauf . . . was blieb dem Manne sonst zu tun übrig? Oder die Aussage verweigern . . . und in ihm fraß der Argwohn weiter . . . wenn er ihr nicht glaubte, auf ihr einfaches Wort hin. Das Ehrengericht . . . . pfui, Teufel, eine Gräfin Larheim vor dem Ehrengericht! Eine Schmutzerei, die ganze Geschichte von oben bis unten, so oder so! Und er und sein alter Name immer mitten in allem Dreck! Es war zum Wahnsinnigwerden: Wie seine Mutter es nur ertragen würde?

Eine weiche Stimme bebte zu ihm hin, der am äußersten Ende des langen Raumes am Fenster stand und wütend hinausstarrte.

„Herbert . . . vertraust du mir nicht und meinem Wort?"

Trotzig schwieg er und wandte sich nicht zurück. Leise klappte die Tür. Er war allein.

Mit einem dumpfen Druck auf dem Schädel ließ er sich von einem notwendigen Gang zum anderen treiben. Ein Funke befriedigten Hasses lag in dem kalten Blick, mit dem sie ihn musterte.

„Warum hast du mich nicht gewarnt, Mama?"

„Ich ließ reisen, was reisen mußte."

„Aber sie ist unschuldig an dem Bilde!" Er schrie es ihr laut ins Gesicht.

„Bitte, mäßige dich!" Ihre Kälte erstickte und lähmte ihn. Leiser fuhr er fort: „Ich glaube ihr, sie sprach die Wahrheit. Und daß ich ihr glaube, das ist für mich das Schlimmste. Sie ist so wunderschön, man muß sie lieben! Ich liebe sie heute noch!"

„Du bist ein Knabe, Herbert, wo du ein Mann sein solltest." Sie verachtete ihn. Ein bitteres Gefühl stieg in ihm gegen die auf, der er auch dies zu allem andern zu danken hatte. Blinde Gereiztheit verzerrte ihm das Gesicht seiner Frau, unschlüssig grübelte er. Die kalte Stimme weckte ihn: „Was hat denn der Oberst gesagt?"

„Er hat mir drei Tage Urlaub förmlich aufgedrängt. Ich sollte ruhig überlegen, ehe ich eine Entscheidung treffe. Er war geradezu rührend gütig. Ich werde nach der Eremitage hinausfahren." Er verschwieg ihr die ganze Verknüpfung mit Dettenthal, von der sie in ihrem abgeschlossenen Leben gottlob noch nichts gehört zu haben schien, und daß da draußen in seinem Revier zwischen ihnen die Waffe entscheiden sollte. Sie erfuhr es ja noch früh genug, die einsame, alte Mutter, wenn etwa ihn das blinde Schicksal traf. Es war eine letzte Rücksicht gegen die Frau, die seinen Namen trug, daß er seinen noch immer nicht ganz besiegten Zweifel an ihrer Unschuld auch im Falle Dettenthal nicht hier laut werden ließ, wo doch nur blindwütende Abneigung von vornherein das Böseste glauben würde. Er seufzte. Wie gern hätte er ihr vertraut, wie gern!

Spöttisch zuckte es um den eingefallenen Mund der Greisin. „Noch immer so weich und schwankend?: Ich meine, dir bleibt einfach gar keine Wahl."

„Den Abschied?"

„Nein, die Scheidung."

„In der Sache mit dem Bilde liegt schwerlich genügender Grund dazu vor." Er berichtete in Kürze, was er von Lore wußte. Irgend eine heimliche Stimme in ihm sprach noch immer für sie.

„Ein geschickter Anwalt kann das trotzdem so drehen und wenden, und Einspruch wird sie wohl kaum zu erheben wagen."

Herbert fröstelte. Wie unerbittlich war diese alte Frau in ihrem Haß. Wie etwas lang reiflich Durchdachtes setzte sie ihm ihre Meinung auseinander, und, ohne es recht zu wissen, gab er ihr im Stillen Wort für Wort recht.

„Schließlich genügt doch der Abschied. Wir werden im Ausland leben."

Es klang, als bäte er um Gnade für sich und für sie.

„Die Welt von heute ist ein Dorf, lieber Sohn. Du kannst deinen Bekannten hier so wenig aus dem Wege gehen, wie in New York oder Honolulu oder Kapstadt. Willst du immer mit dem Revolver in der Hand vor deiner Frau stehen? Jeden Blick, jeden Gruß, jedes Wort beargwöhnen, ob es auch den nötigen Respekt zeigt, der einer Gräfin Larheim zukommt? Willst du es ertragen, daß man hinter euch her tuschelt: Ist das nicht die schöne Gräfin Larheim, die den Skandal mit dem Bilde verursachte?"

„Mutter, höre auf, ich bitte dich!" Doch die Gräfin ließ ihn nicht aus dem Auge.

„Ihr wird man mit unverschämten Grinsen nachblicken und dir mit verächtlichem Achselzucken. Pantoffelheld! Weiberknecht: Kann nicht los von der schönen Person: Begreiflich: Vielleicht ist da was zu machen: So werden die alten und jungen Lebemänner aller Zonen hinter Euch herreden und dich und deinen Namen besudeln. Du aber wirst schweigen müssen, denn sie haben recht."

Er wand sich unter ihren Worten, die ihn wie Peitschenhiebe in offene Wunden trafen. Schwach wehrte er ab.

„Sie haben nicht recht, Mutter, sie ist ja schuldlos an dem Bild!"

„Wer wird dir das glauben, du armes Kind? Willst du mir vorreden, die Welt, die elegante Welt der Müßiggänger, zu der ihr fortan gehören würdet, sei weniger boshaft und niederträchtig geworden, als zu der Zeit, da sie selber lange Jahre hindurch gekannt habe?"

Herbert schwieg. Langsam, langsam starb etwas in seiner Seele, dem sein Herz in dumpfer Qual nachtrauerte, ohne daß er die Kraft besaß, sich gegen diese erlötende Kälte zu wehren, die ihn mehr und mehr durchdrang.

„Selbst wenn du dich über alles Gerede und Getuschel hinwegzusetzen vermöchtest . . . ich halte es, nebenbei gesagt, für einen Offizier und Mann von Ehrgefühl für undenkbar . . . ." die Greisin richtete sich in ihrem Sessel auf und ihre mächtigen Augen flammten, „selbst wenn du es fertig brächtest . . ., bedenke noch eins. Ihr seid jung. Dir kann ein Sohn geboren werden. Er wird ein Graf Larheim sein, trotz alledem: Du wirst ihm in der Tradition und in dem Ehrengesetz unseres alten Hauses aufziehen als einen Adligen im besten Sinne des Wortes. Aber mußt du nicht in zitternder Angst schweben, daß er eines Tages vor dich hintritt und fragt: „Vater, was ist das mit meiner Mutter? Kann ich den Kerl zu Boden schlagen, der sie zu verleumden wagte?" Was dann, mein Sohn? Dann wirst du in Scham vor deinem eigenen Kinde erröten und versuchen müssen, die Frau zu entschuldigen, die deine Schwäche zu seiner Mutter machte!"

„Mutter, du folterst mich: Hab' doch nur Erbarmen!" Herbert sprang auf. „Ich kann nicht mehr!" Ohne Abschiedsgruß stürzte er zur Tür und zum Hause hinaus, als ob ihn die Furien ihres wilden, ungerechten Hasses jagten, der ihm die schwache Seele vergiftete. Sie sah ihm nach. Langsam, wie nach einer schweren Arbeit, sank sie erschöpft in den großen Armsessel zurück. Die welken Hände mit den dicken, bläulichen Aderknoten, die auch durch sorgfältigste Massage nicht fortzubringen waren, strichen ruhelos über die Decke, die auf ihren Knien lag. „Er kam zu mir: Blut ist doch ein ganz besonderer Saft!" murmelte sie vor sich hin. Ein kleines, tückisches Lächeln zitterte um den harten Mund. Dann schellte sie nach ihrer Kammerfrau.

(Fort. folgt.)

Vortrag über „Das Reichsmietengesetz" müßte von der Tagesordnung abgesetzt werden, er wird in der „Westdeutschen Hausbesitzerzeitung" veröffentlicht werden. Dafür brachte Syndikus Dr. Scheefele-Gelsenkirchen nach einem kurzen Referat vier Entschließungen zur Kenntnisnahme der Versammlung, die sämtlich einstimmig angenommen wurden. Diese betreffen die Sozialisierung des Hausbesitzes, die Goldzwangshypotheken, den Entwurf des Reichsmietengesetzes, die vierte Entschließung erhebt dagegen Einspruch, daß der Unterausschuß des Wohnungsausschusses des Reichstags es abgelehnt hatte, die berufenen Vertreter der Hausbesitzer, die im Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine organisiert sind, zu den wichtigen Beratungen über das Reichsmietengesetz und über die von den Gewerkschaften vorgelegten Richtlinien für ein Gesetz über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungsgesetzes heranzuziehen, oder zu hören. In der ersten Entschließung heißt es u. a.: Versammlung sieht in dieser Sozialisierung eine große Gefahr nicht nur für den Hausbesitz, sondern für die gesamte Volkswirtschaft überhaupt, nicht zuletzt auch für den Mieter. Die Wohnungsnot wird dadurch zweifellos verschlimmert, statt gebessert, die Mieten würden weiter in die Höhe getrieben. Die Sozialisierung bedeutet einen Eingriff in das Privatrecht des Haus- und Grundbesitzers, das Eigentum wird aber gewährleistet nach § 153 der Reichsverfassung. Eine geplante Sozialisierung sieht ferner eine Reihe neuer Organisationen vor (Mietergenossenschaften usw.), um die vorhandenen Wohnräume zu verwalten. Mit allen gesetzlichen Mitteln muß gegen die Sozialisierung vorgegangen werden, dabei rechnet der Verband auf die Unterstützung aller Volksgenossen, ob Unternehmer oder Arbeiter, Vermieter oder Mieter, überhaupt aller, die auf dem Boden des Privateigentums stehen. Die zweite Entschließung, die sich gegen die Belastung des deutschen Hausbesitzes mit Goldzwangshypotheken richtet, sieht darin die Auslieferung des deutschen Grundbesitzes und der deutschen Industrie an das Ausland und eine Verelendung und Versklavung der deutschen Arbeiter, die Realkredite würden dadurch gewaltig erschüttert. Das Reichsmietengesetz wird, wie es in der dritten Entschließung heißt, in seiner jetzigen Fassung abgelehnt. Es bedeute eine Verschärfung der Zwangswirtschaft und leiste der Sozialisierung des Wohnungswesens Vorschub. Vor allen Dingen fordert die Versammlung eine Erhöhung der Juli-Mieten des Jahres 1914, um die Lasten des Hausbesitzers zu decken, da in vielen Fällen die am 1. Juli 1914 gezahlte Miete nicht ausreichend war.

*

* **Elberfeld**, 28. Sept. Ein Großfeuer wütete hier in den Lagerräumen der Rohprodukten-Großhandlung F. W. Schlüter. Große Mengen Rohprodukte waren dort in Schuppen aufgestapelt. Die leicht brennbaren Sachen boten dem Feuer reiche Nahrung, und im Nu hatte der Brand sich über das ganze Lager ausgebreitet, das ein einziges großes Feuermeer bildete. Es drohte Gefahr, daß das Feuer auf die Nachbargrundstücke übersprang, wo sich Spiritusläger und Holzläger befanden. Erst nach vielen Stunden konnte jegliche Gefahr als durch Feuerwehr beseitigt gelten. Die Entstehungsursache ist noch völlig ungeklärt.

* **Cronenberg**, 28. Sept. **(Von einem gesprungenen Schleifstein erschlagen.)** Ein schweres Unglück ereignete sich in einem Fabrikbetriebe in Küllenhahn. Während der Arbeit sprang ein großer rotierender Schleifstein und der daran beschäftigte Arbeiter wurde von den umherfliegenden schweren Stücken getroffen. Er war sofort eine Leiche.

* **Aachen**, 27. Sept. **(Die unaufgeklärten 100 000 Mark.)** Ein Kohlscheider Wirt sollte im Januar 1919 100 000 Mark in einem Kästchen von Eupen nach Holland bringen, will aber unterwegs auf der Roermonderstraße überfallen und des Geldes beraubt worden sein. Die Ueberfallgeschichte, die seinerzeit im ganzen Bezirk viel Aufsehen erregte, beschäftigte jetzt die Aachener Strafkammer, welche die Angelegenheit aber auch nicht aufklären konnte und deshalb den der Unterschlagung angeklagten Wirt freisprechen mußte.

* **Beckerhagen**, 28. Sept. Die Versteigerung der Obsternte hat diesmal die Preise in noch nie dagewesener Höhe anschwellen lassen. Um das Obst auch den minderbemittelten Eingesessenen zu einem billigen Preise zugänglich zu machen, hatte der Gemeinderat beschlossen, auswärtige Händler vom Bieten auszuschließen. Doch hiesige Händler sowie Bürger, die für auswärts wohnende Angehörige und Freunde aufkauften, boten unglaubliche Summen. So kamen Bäume mit nur einigen Zentnern Aepfel bis zu 800 Mark, sodaß mehrfach ein Zentner 400 Mark kostete. Der niedrigste Preis für haltbare Goldparmänen mochte wohl auf 150 Mark für den Zentner kommen. Insgesamt hat die kleine Gemeinde eine Einnahme von 72 000 Mark erzielt, obgleich die diesjährige Ernte nicht im entferntesten an die vorjährige heranreichte.

* **Mainz**, 27. Sept. **(Französische Justiz.)** Das französische Kriegsgericht verurteilte ein Dienstmädchen, das seiner französischen Dienstherrschaft, einer Offiziersfamilie, etwa 2000 Mark Geld und mehrere Wertgegenstände entwendet hatte, nach französischem Gesetz, das Dienstbotendiebstähle als schwere Diebstähle ansieht, zu fünf Jahren Gefängnis, ferner wurden vier Arbeiter aus Bad Ems, die gemeinschaftlich aus einem französischen Automobilpark zwölf Pneumatiks gestohlen hatten, zwei zu je zwei Jahren, einer zu einem Jahre Gefängnis und der vierte, der ins unbesetzte Gebiet flüchtete, in Abwesenheit zu zehn Jahren Zwangsarbeit mit Einzelhaft verurteilt. Da es sich um ein schweres Eigentumsvergehen handle, beantragt die französische Behörde die Auslieferung des Flüchtigen.

Mainz, 27. Sept. **(Französische Hochschule.)** Daß Mainz das Ausfalltor der französischen Propaganda ist, dürfte bekannt sein. Interessant ist aber die Verbindung der wirtschaftlichen und der kulturpropaganda durch die Tätigkeit der neuen Handelshochschule in Mainz. Diese ist ursprünglich für französische Militärs eingerichtet worden. Es werden aber auch Zivilpersonen zugelassen. Die Lehrer sind entnommen von der Straßburger Rechtsfakultät und dem Mainzer französischen Gymnasium. Besondere Anforderungen für die Zulassung werden außer der Volksschulreife nicht gestellt. Außer der Handelswissenschaft und der dazu gehörigen Handelsrechtsdisziplin wird vor allem die deutsche Sprache gelehrt. Eine Sonderabteilung des Vorlesungsverzeichnisses ist den Rechtsfragen gewidmet. Es gibt besondere Vorlesungen über die Geschichte des Rheinlandes, der Industrie, der Technik, der Rheinschiffahrt, über die politischen und wissenschaftlichen Probleme der Gegenwart, das Wirtschaftsleben, die Industrie des gegenwärtigen Deutschland, die rheinische Kunst, den französischen Geschmack usw. Außer diesen Vorlesungen werden besondere Uebungen abgehalten, in denen die deutsche Sprache eine Rolle spielt. Das Wintersemester wird am 3. Oktober eröffnet. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß auf dieser Mainzer französischen Hochschule das Personal für die Französierung des Rheinlandes geschult werden soll.

Die Reichsfinanzen.

(W. B.) Im „Reichsanzeiger" wurden Einzelheiten über die Einnahmen des Reiches in den ersten vier Monaten des Haushaltsjahres 1921/22 bekanntgegeben. Darnach beträgt das Gesamtsteueraufkommen 22,8 Milliarden Mark. Der Voranschlag rechnet für das ganze Haushaltsjahr mit einem Aufkommen von 43,3 Milliarden Mark. Wenn die Bewegung der Reichseinnahmen für das ganze Jahr gleichmäßig so anhält wie in den ersten vier Monaten, so ist mit einem Gesamtbetrag von nahezu 70 Milliarden Mark zu rechnen. Das würde den Voranschlag um 26,7 Milliarden Mark überschreiten, also eine günstige Entwicklung darstellen. Indessen nur scheinbar. Der Mehrertrag ist ein Ergebnis der Geldentwertung, also nicht etwa der gewachsenen Wirtschafts- und Steuerkraft des deutschen Volkes. Den scheinbar gestiegenen Einnahmen stehen deshalb um so höhere Ausgaben gegenüber. Das geht auch aus dem unheimlichen Anschwellen der schwebenden Schuld hervor. Diese hat am 1. August 1921 rund 219 Milliarden Mark erreicht, worunter allein schon für 202,7 Milliarden Mark diskontierte Schatzanweisungen sind. Das Problem ist nun, wie es das Reich fertig bringen soll, diese schwebende Schuld abzubürden. Sie in feste Anleihen zu verwandeln, ist leicht gesagt, aber schwer getan. Gesetzt den Fall, daß es gelänge, die gesamten Schulden des Reiches einheitlich zu befestigen, so würde heute schon eine Gesamt-Schuldensumme von 330 Milliarden Mark herauskommen. Zur Verzinsung und Abbürdung wären allein jährlich 20 Milliarden Mark erforderlich. Jedoch läßt sich bei der Zettelwirtschaft eine solche Befestigung garnicht durchführen. So muß sich das Reich also weiter selbst Kredit gewähren und solchen auf dem Geldmarkt nachsuchen. Auf die Dauer ist dieser Zustand unerträglich. Es geht nicht an, den Reichshaushalt dadurch abzugleichen, daß einfach neue schwebenden Schulden aufgenommen werden. Der Reichskanzler will ja dieser Wirtschaft ein Ende machen. Dem Zweck sollen auch die neuen Steuern dienen, deren Ertrag indessen ganz ungewiß ist. So lange sich der Prozeß der Geldentwertung fortsetzt, hat jeder Haushaltsvoranschlag nur Papierwert. Denn zum Schluß des Haushaltsjahres muß der Bedarf unverhältnismäßig viel höher sein, als vorveranschlagt wurde. An diesem Uebel krankt unsere Finanzwirtschaft seit drei Jahren. Und deshalb will es auch nicht gelingen, Ordnung im Reichshaushalt zu schaffen und das Gleichgewicht zwischen wirklichen Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Auch die neuen Steuern werden das nicht ändern, weil sie in der Ertragsberechnung auf der Zettelwirtschaft fußen, also mit Werten umgehen, die ständig im Fluß sind. Zu dem Bedarf des Reiches kommt aber noch die Wiederherstellungslast. Auch sie läßt sich in die schwankenden Finanzen des Reiches nicht einordnen, weil sie überhaupt keinen festen Wert- und Rechnungsmaßstab besitzen.

Sehr wenig erfreulich haben sich die Einnahmen der Reichseisenbahnen entwickelt. In den ersten vier Monaten, d. h. vom 1. April bis 31. Juli, sind 8 Milliarden Mark hereingekommen, während es nach dem Voranschlage mindestens 9 Milliarden hätten sein müssen. Das Mißverhältnis wird sich durch die am 1. September eingetretene Erhöhung der Gehälter und Löhne sowie die am 1. Oktober in Aussicht genommene Heraufsetzung der westdeutschen Kohlenpreise um 21 Mark die Tonne steigern und auch durch die geplante Heraufsetzung der Tarife nicht erheblich bessern lassen.

2. Sitzung der Preußischen Kirchenversammlung.

Trotz trüber Regengüsse versammeln sich die Synodalen in lebhaftem Gedankenaustausch am Montag, den 26. d. Mts., 10 Uhr, zur zweiten Vollsitzung. Nach einer kurzen Andacht und einigen Mitteilungen des Schriftführers Syn. Grünweller gibt Syn. Zelter für die Geschäftsordnungskommission einen Bericht über die Geschäftsordnung der Kirchenversammlung, welche im wesentlichen auf der Geschäftsordnung der Generalsynode fußt. Nach einer ausgiebigen Beratung wird die Geschäftsordnung der Kirchenversammlung festgestellt. Nach einem Bericht der Geschäftsordnungskommission wird eine Entschließung für Oppau angenommen, in welcher die Kirchenversammlung den Betroffenen ihre innigste Teilnahme ausspricht und zugleich den Deutsch-Evangelischen Kirchenausschuß bittet, eine Kirchensammlung zur Linderung der Not anzuregen als ein Zeugnis von der Einigkeit des Glaubens, der durch die Liebe tätig ist.

Nunmehr folgt der Hauptpunkt der Tagesordnung, die Einführung der amtlichen Verfassungsentwürfe.

Für den Generalsynodalvorstand führt Syn. Winckler aus: Die Gemeinden sind der Lebensnerv der Kirche; ihre bisherige Ordnung bleibt im wesentlichen unvermindert, abgesehen von der Erweiterung des Wahlrechts und der Lockerung des Parochialzwanges.

Der Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages

nahm vergestern seine vor einer Woche wegen des Görlitzer Parteitages unterbrochenen Sitzungen wieder auf. Angestelltenratsmitglied Kneip-Lenna bekundet, größere Diebstähle auf dem Lennawerk vor dem Märzputsch seien ihm nicht bekannt. Im Lennawerk habe scharfe gewerkschaftliche Disziplin geherrscht. Ein Kampf um das Lennawerk sei dem Angestelltenrat von vornherein aussichtslos erschienen, da die Bewaffnung der Arbeiter durchaus unzureichend war. Die Einnahme des Werkes durch die Sicherheitspolizei sei denn auch fast ohne Gegenwehr erfolgt. Es seien höchstens 600 Gewehre vorhanden gewesen. Die Arbeiter und Angestellten seien gegen die Stillegung des Werkes gewesen, da sie sonst zweifellos längere Zeit arbeitslos gewesen wären. Die Notstandsarbeiten wurden stets aufrecht erhalten. Erschießungen nach der Einnahme hat der Zeuge nicht gesehen. Zeuge Morgenstern, der vor und während des Aufstandes bei der Mansfelder Gewerkschaft tätig war, bekundet, daß im Januar und Februar die Diebstähle, namentlich an wertvollem Metall, Silber, Platin, Schreibmaschinen usw. zugenommen hätten. Infolgedessen wurde ein Werks-Sicherheitsdienst organisiert. Die Löhne waren wohl gering, Grubenholzdiebstähle kamen schon seit Jahren vor, allerdings wurden sie im November und Dezember 1920 ziemlich stark. Erschießungen durch die Sicherheitspolizei hat der Zeuge nicht beobachtet, wohl aber Mißhandlungen.

Der nächste Zeuge Generaldirektor Reinold von derselben Gewerkschaft kam als Ersatz für den bei dem Kapp-Putsch erschossenen Generaldirektor aus Westfalen und war entsetzt über den gewaltigen Umfang der Diebstähle. Das Holz allein machte mehrere hunderttausend Mark monatlich aus. Sie seien vielleicht etwas niedriger als in den anderen umliegenden Industrien gewesen. Der Zeuge ist der Ansicht, daß heute noch zahllose Waffen im Mansfeldschen vorhanden sind. Möglich sei die Unterbringung von Waffen in alten Schächten. Von Vorbereitungen zu geheimen Kampforganisationen hat der Zeuge keine Kenntnis erlangt. Zeuge betont noch auf Befragen, Hand in Hand mit den Zuständen in Eisleben sei die Verringerung der Arbeitsleistungen gegangen. In einem Monat habe das Werk eine Einbuße von 13 Millionen Mark gehabt. Wären die Zustände so geblieben, so wäre das Werk ruiniert worden. — Nächste Sitzung Dienstag vormittag.

Die vorläufige Steuer vom Grundvermögen.

Die Wirkung der neuen preußischen Staatssteuer vom Grundvermögen wird in Anlage 6 des Gesetzentwurfs an Einzelbeispielen dargelegt. Ein Miethaus mit kleinen Wohnungen in Berlin NW. mit einem jetzigen Steuerwert von 457 500 Mark gegen 305 000 Mark nach der Ergänzungssteuerveranlagung 1917/19 und bei 30 v. H. Zuschlag zur Friedensmiete, die 21 500 Mark betragen hat, würde an staatlicher Grundsteuer 1830 Mark, an kommunaler Grundsteuer (5 v. T. des Wertes für 1921) 2288 Mark zu bezahlen haben, das ist 14,7 v. H. der Miete 1920. — Ein Miethaus mit mittleren Wohnungen in Magdeburg würde bei 14 800 Mark Bruttomiete 1920 und jetzigem Steuerwert von 271 500 Mark, 1086 Mark staatliche und (für 1920 5,86 v. T.) 1591 Mark kommunale Grundsteuer zu zahlen haben, daß ist 18,1 v. H. der Miete 1920. — Ein Miethaus in einer Kleinstadt mit Industriebevölkerung (Kalischächte, Zuckerfabrik) würde bei 1947 Mark Bruttomiete 1920 und Steuerwert 37 300 (gegen 25 000 Mark in 1917/19) 150 Mark staatliche und 150 Mark kommunale Grundsteuer zu zahlen haben, das ist 15,4 v. H. der Miete 1920. — Ein Gut im Kreise Quedlinburg von 354 Hektar, 1000 Mark bisherige staatliche Veranlagung zur Grund- und Gebäudesteuer und heutigem Steuerwert 2 634 000 Mk. (gegen 878 000 Mark in 1917/19) würde 10 536 Mark staatliche und 4000 Mark kommunale Grundsteuer zu zahlen haben, das ist 10,5 Mark für den Morgen. — Eine Bauernstelle im Kreise Sorgeberg von 170 Morgen, bisher 50 Mark Grund- und Gebäudesteuer und 222 000 Mark heutiger Steuerwert (gegen 74 000 in 1917/19) würde insgesamt 6,4 Mark für den Morgen Grundsteuer zahlen. — Die Preissteigerungen für einen Doppelzentner haben betragen: Roggen von 18 auf 300 Mark, Weizen von 21 auf 410 Mark, Kartoffeln von 8 auf 95 Mark, Schweine von 107 auf 2000 Mark, Butter von 279 auf 4300 Mark. Die Betriebsunkosten landwirtschaftlicher Grundstücke haben unter Einrechnung der Steigerungen in neuester Zeit eine Erhöhung auf das 13fache des Friedensbetrages erfahren. Der Ergänzungssteuerwert 1917/19 hat für landwirtschaftliche Grundstücke 38, für städtische und unbebaute Grundstücke schätzungsweise 85 Milliarden Mark betragen. Der Entwurf nimmt bei jenen das Dreifache, bei diesen das Eineinhalbfache des letzten Ergänzungssteuerwertes an.

Die Ursache der Explosion in Oppau.

Im Direktionsgebäude der Badischen Anilinwerke in Ludwigshafen gab gestern vormittag Generaldirektor Prof. Dr. Bosch der Presse einige Aufklärungen über die Verhältnisse des Werkes in Oppau. Was die Explosion angeht, sei auf die erste schwächere die ungeheure Explosion gefolgt, die das Werk zum Einsturz brachte und einen großen Krater bildete. Hier hatte sich das große Lager von Ammonsulfalsalpeter befunden. Ueber die Ursache der ersten Explosion fehlte jede Vermutung. Sie ist der Direktion absolut unbekannt und dürfte darüber schwerlich etwas zu Tage kommen, da von den dort befindlichen Apparaten nichts mehr vorhanden ist und alle dort beschäftigten Leute ums Leben gekommen sind. Bezüglich des Umfanges der Explosion erklärte Bosch u. a., daß die eigentlichen Salzbetriebe, wo Salpetersäureverbindungen hergestellt werden, zerstört sind. Die Direktion hofft, daß nach der Herstellung der Gebäude der Betrieb wieder aufgenommen werden kann. Die Fabrikation des bisherigen Produktes werde nicht wieder aufgenommen werden, solange nicht über die Zersetzung des Produktes Klarheit herrsche. Die Aeußerung von Dr. Julius, daß die Ursache der Explosion von außen kam, sei so zu verstehen, daß das Unglück von einem der Hauptexplosionsstelle benachbarten Fabrikgebäude seinen Ausgang nahm. Eine Verdächtigung Dritter komme nicht in Frage. Die gerichtliche Untersuchung werde festzustellen haben, ob ein Verschulden vorliegt. Nach Ansicht des Generaldirektors ist dies nicht der Fall. Im Anschluß an die Besprechung fand unter Führung mehrerer Herren der Direktion ein Rundgang durch das Oppauer Werk statt.

Die Zahl der bisher festgestellten Toten 414.

Die vierte Totenliste weist 14 Namen auf, so daß die Zahl der bis jetzt festgestellten Toten 414 beträgt. Die Zahl der noch nicht erkannten Leichen beträgt auch heute noch 75. Die Zahl der von den Angehörigen als vermißt gemeldeten Personen ist um 76 auf 160 gestiegen.

*

Kleine Nachrichten.

Der preußische Staatsrat ist zum 1. Oktober einberufen. Er wird zunächst kleinere Gesetzentwürfe beraten, um sich dann mit der neuen Städteordnung zu beschäftigen.

In den meisten Papierfabriken Sachsens brach ein Streik aus. Von 16 Fabriken sind bisher 13 zum Stillstand gekommen. Es besteht die Gefahr großer Schwierigkeiten in der Papierbelieferung der Zeitungen.

Nach einer Meldung aus Halle ist der vom kommunistischen Arbeiterverband angezettelte Landarbeiterstreik im Mansfelder Kreis zusammengebrochen, ohne daß die Streikenden etwas erreichten.

Die Deutschen in San Salvador haben neuerdings 20 000 Mark der Deutschen Kinderhilfe und 20 000 Mark der Studentenhilfe in Berlin überwiesen.

Die Deutschnationale Fraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die unter Bezugnahme auf Artikel 48 der Reichsverfassung erlassene Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. 8. d. J. ist sofort außer Kraft zu setzen.

Tagesereignisse.

— **(Ein verbotener Gedenkgottesdienst.)** Wie der Telegr.-Union berichtet wird, hatten sich Sonntag gegen 1000 deutschnationale Arbeiter mit ihren Angehörigen und die deutschnationale Potsdamer Jugend vor dem antiken Tempel zu einem Gedenkgottesdienst für die Kaiserin eingefunden. Nachdem der Gottesdienst mit dem Trauerlied der Kaiserin „Jesu, geh du voran", begonnen hatte, stelen dem deutschnationalen Redner zwei Kriminalbeamte, die vorher brüsk geäußert haben sollen: „Laßt sie nur ruhig erst anfangen", brüsk ins Wort und erklärten, am Morgen um 6 Uhr sei ein Verbot der Veranstaltung eingetroffen. Begreiflicherweise erregte diese Art des Verbotes des Gottesdienstes an geweihter Stätte größtes Befremden und große Entrüstung unter den Versammelten. Der Gottesdienst war rechtzeitig bei der zuständigen Potsdamer Polizeibehörde angemeldet und von dieser gestattet worden. Nachträglich war aber vom Reichsminister des Innern, dem Mehrheitssozialisten Dr. Gradnauer, ein Verbot erlassen worden. An die Führer der Veranstaltung soll am Sonnabend ein Telegramm mit dem Verbot gerichtet worden sein, das diese aber nicht mehr erreicht hatte.

— **(Eine neue Fraktion.)** Die Abgeordneten Dr. Levi, Maltzahn, Reich, Düwell, Geyer jun., Däumig und Adolf Hoffmann sowie der Abg. Wachwitz haben im Reichstage eine eigene Gruppe der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft gebildet. Diese Fraktionsbildung dürfte der Auftakt zur Gründung einer neuen kommunistischen Partei sein, die sich von Moskau unabhängig halten will.

— **(Erfunden.)** Die Blättermeldung, wonach „Eine Reihe von Agenten des Reichsministeriums des Innern" nach München entsandt worden seien, um „das Material des preußischen Staatskommissars zu ergänzen" und daß diese Agenten „führende Personen der Einwohnerwehr" um bestimmte Auskünfte ersucht hätten, wird von zuständiger Stelle als in allen Punkten erfunden bezeichnet.

— **(Auflösung einer Stadtverordnetenversammlung.)** Das Ministerium des Innern hat die Stadtverordnetenversammlung in Schmalkalden wegen Nichtbewilligung des Etats, wodurch die Zahlungsunfähigkeit der Stadt herbeigeführt worden wäre, aufgelöst.

— **(Neue Kokarde für die Reichswehr.)** Das Reichswehrministerium plant, wie die Telunion erfährt, die Einführung einer neuen Kokarde für die Reichswehr, die genau wie die alte beschaffen sein, jedoch die neuen Reichsfarben schwarz-rot-gold erhalten soll. Die Kokarde soll zwischen dem Eichenlaub, auf dem unteren Mützenabsatz, getragen werden.

— **(Keine amerikanische Millionenspende für Oberschlesien.)** Nach der Mitteilung eines Berliner Abendblattes sollten amerikanische Kreise eine Spende von 50 Millionen für die Geschädigten in Oberschlesien ausgeworfen haben. An amtlicher Berliner Stelle wird diese Nachricht als unwahr bezeichnet.

— **(Kirchenwahlen in Hannover.)** Am Sonntag fanden in Hannover die Wahlen für die verfassunggebende Kirchenversammlung statt, die in fast allen Wahlkreisen einen Sieg der positiven Richtung brachte. Die Wahlbeteiligung war sehr rege.

— Zu den Hetzern Ereignissen wird von Arbeiterseite die vom Arbeitgeberverband gegebene Darstellung als in wesentlichen Teilen unrichtig bezeichnet. Es wird behauptet, daß bei den Verhandlungen keine Zugeständnisse von der Direktion erzwungen worden seien. Man habe nur Vereinbarungen zu treffen versucht, die auf frühere Tarif- und Lohnbewegungen sich aufbauen. Der Generaldirektor des Werkes habe die Vereinbarung unterschrieben, und es habe auf allen Seiten die Auffassung geherrscht, daß man diese Zugeständnisse nicht als erzwungen ansehe.

— **(Englisches Monopol für die Radiumgewinnung in Joachimsthal.)** Wie aus London gemeldet wird, hat die Imperial and Foreign Corporation durch einen Vertrag mit der tschechischen Regierung sich das Monopol für die Radiumgewinnung in Joachimsthal gesichert. Zwei Gramm Radium im Werte von 70 000 Pfund Sterling wurden von Professor Soddy aus Oxford bereits nach England gebracht.

Vereinsnachrichten.

Methler, 29. Sept. Der Artillerie-Verein des Kirchspiels Methler hielt am letzten Sonntag seine General- und Quartal-Versammlung ab. Nach Zahlung der Beiträge wurden 3 Kameraden einstimmig aufgenommen. Sodann berichtete der 1. Vorsitzende Kamerad Hartmann über den Delegierten-Tag in Essen. Unter Verschiedenes wurde unter anderem beschlossen, das Barbarafest am 11. Dezember in altgewohnter Weise zu begehen. Die benachbarten Vereine werden gebeten, diesen Sonntag zu berücksichtigen. Daraufhin wurde die Versammlung vom 1. Vorsitzenden geschlossen.

Sport.

Kamen, 29. Sept. (Der Stafettenlauf.) Zu unserm Bericht über den Sportplatz-Verbelag schreibt uns der Vorstand des Sportvereins, daß er den Arbeitsausschuß der Turn- und Sportvereine gebeten hat, die Untersuchung der Stafetten-Angelegenheit sofort in die Hand zu nehmen." — Ueber das Ergebnis dieser Untersuchung werden wir demnächst berichten.

Schluß der Anzeigenannahme

— für kleinere Anzeigen 3 Uhr. —

Anzeigen, welche einzeln oder zusammen 100—200 Zeilen Raum beanspruchen, erbitten wir bis 12 Uhr und größere bis 10 Uhr des dem Ausgabetage vorhergehenden Werktags. Anzeigen mit vielem Text oder schwierigem Satz müssen im eigenen Interesse der Inserenten noch früher in unserer Geschäftsstelle sein.

Verlag der Kamener Zeitung.

Aus aller Welt.

— **Zwei Steuerbanderolendiebe gefaßt.** In der Angelegenheit der großen Diebstähle von Steuerbanderolen im Betrage von 12 Millionen Mark, die sich über eine Anzahl westdeutscher Städte bis nach Berlin hinzieht, hat die Polizei zwei Männer aus Heidelberg festgenommen, die im Besitz von Steuerbanderolen im Werte von 1½ Millionen Mark waren und sie in Kreuznach absetzen wollten.

— **Ein Großfeuer** vernichtete in Jarmund 9 Geschäfte. Auch die Dorfkirche brannte nieder. Die gesamte Ernte und der ganze Viehbestand wurden ein Raub der Flammen.

— **Zusammenbruch eines Baukrans.** In Berlin brach in der vorvergangenen Nacht beim Bau an der Untergrundbahn in der Friedrichstraße ein hölzerner Baukran unter der Last eines 40 Tonnen schweren Eisenteils zusammen. Dabei wurden 2 Arbeiter getötet und 4 mehr oder weniger schwer verletzt.

— **Ein amerikanisches U-Boot gesunken.** Aus Los Angelos wird geschrieben: Das amerikanische Unterseeboot Nr. 6 von der pazifistischen Flotte ist gesunken, während es im Hafen von San Pedro lag. Der Unglücksfall wird darauf zurückgeführt, daß ein Torpedorohr offen stand. Zwei Mann der Besatzung sollen ertrunken sein.

— **Revolverattentat auf einen italienischen Deputierten.** Wie der „Corriere della Sera" meldet, wurde der sozialistische Deputierte di Vagno in Bari auf der Straße von Faszisten überfallen und durch Revolverschüsse niedergestreckt. Sein Zustand ist ernst. Infolgedessen ist Montag in der ganzen Provinz der Generalstreik ausgebrochen, dem sich auch die Eisenbahner anschlossen. Die Behörden entsandten Truppenverstärkungen.

Stinnes für deutsch-angelsächsische Zusammenarbeit.

Die „Saturday Evening Post" veröffentlicht eine Unterredung, die ihr Vertreter in Deutschland mit Stinnes hatte. Stinnes wurde die Frage vorgelegt: Kann Deutschland die in dem Ultimatum festgesetzte Wiedergutmachung zahlen? Die Antwort lautete: Unmöglich! Das ganze System ist falsch. Erstens ist es viel zu viel; es ist eine Summe, von der man noch niemals hat sprechen hören. Zweitens sind wir, um zahlen zu können, gezwungen, ausländische Devisen zu kaufen. Das Ergebnis ist eine ungeheure Nachfrage für Dollars, und die Mark wird entwertet. Die Notenpresse muß weiterarbeiten, und dadurch wird unser Kredit noch weiter eingeschränkt. Wenn Deutschland aus seinem Exportüberschuß bezahlen soll, muß es wenigstens 5 Millionen mehr Industriearbeiter haben. Woher sollen wir die nehmen? Wir haben keine Kolonien mehr, und unsere männliche Bevölkerung hat durch den Krieg schwer gelitten. Die einzig praktische und dauernde Entente ist ein wirtschaftlicher Zollverband, der die Vereinigten Staaten, England und Deutschland einschließt. Was Rußland anlangt, so erklärte Stinnes, eine Nation allein sei nicht imstande, Rußland wieder aufzubauen. Es werde der gemeinsamen Anstrengungen Amerikas, Englands und Deutschlands bedürfen. Deutschland sei besonders gut vorbereitet, da es am besten die Psychologie und Sprache seiner Nachbarn verstände. Man nimmt nach dieser Quelle als möglich an, daß Stinnes noch vor Ende des Jahres nach den Vereinigten Staaten geht, doch ist hierüber noch nichts entschieden.

Die Polen werfen wieder unruhig.

Die nächtlichen Schießereien nehmen wieder einen bedenklichen Umfang an. Besonders im Kreise Hindenburg zeigen sich wieder in der Nacht ehemalige Aufrührer, welche die Gegend unsicher machen. So wurde in der Nacht von Donnerstag eine Streife der Polizei von einer elf Mann starken Bande beschossen. Auch Handgranaten wurden gegen sie geschleudert. Als die Beamten später das Gelände absuchten, fanden sie an einer Brücke eine Barrikade vor. Im Kreise Tarnowitz sind seit etwa zehn Tagen Munitionstransporte für die Polen zu beobachten. Die Wagen überschritten die Grenze bei Koslowagora. Die Führer der Waffentransporte sind der dortige frühere Ortskommandant und ein in Posen ausgebildeter Lehrer. Seit einiger Zeit sind Besichtigungen der an der oberschlesischen Grenze stehenden polnischen Truppen durch Warschauer Befehlshaber. Diese richten an die Truppen Ansprachen, in denen die Bedeutung Oberschlesiens für Polen dargelegt wird. Es wurde besonders darauf hingewiesen, daß ein Fortbestehen Polens ohne Zuteilung ganz Oberschlesiens in Frage gestellt sei. Darum sollen sich die Truppen bereit halten, und, wenn es in der Zeit sei, mutig für Polens Existenz eintreten. In nicht allzu langer Zeit werde der Ruf an sie ergehen, und da rechne die Regierung auf treue Mitarbeit. Diese Meldung ist geeignet, wiederum zu zeigen, welche Gefahren Oberschlesien durch Polens Gewaltpolitik drohen.

Die Beuthener Richtung der Zentrumspartei, deren Führer der Rechtsanwalt und Stadtverordnetenvorsteher Skowronnek in Beuthen ist, wirbt auch nach Ausschluß aus der Partei mit seiner Gruppe wieder für den Freistaatgedanken. Eine besondere Kommission stellt eine Denkschrift fertig, die Lerond und den Verbandsbotschaftern überreicht werden soll. Wie im vergangenen März wird wieder eine willkürlich zusammengestellte Kommission bei diesen Stellen vorsprechen. Der Bund der Oberschlesier tritt mit der Freistaatidee auch wieder hervor, unterstützt durch die neue klägliche Einigkeitspartei. Die deutsch-polnische Grenze wird planmäßig von Engländern besetzt. Eine strenge Grenzkontrolle soll durchgeführt werden, damit dem verbrecherischen Gesindel die Arbeit gelegt wird.

Gegen die Doktorfabriken.

Durch die Presse geht die Meldung, daß bei Gelegenheit der erneuten Erhöhung aller Hochschulgebühren eine Anzahl Universitäten auch die Promotionsgebühren zum Teil recht erheblich erhöht haben. Der deutsche Doktor, der vor dem Kriege eine große Achtung in der Welt genoß, hat auch unter dem Einfluß des unglücklichen Ausganges des Krieges gelitten, weniger im Ausland, als besonders im Inlande. Mehrten sich doch in gewissen Erwerbszweigen und in gewissen Blättern recht unverblümte Anfragen betr. Doktortitel und, was noch schlimmer ist, Nachfragen nach Doktorarbeiten. Wenn man auch von milderen Prüfungshandhabungen Kriegsteilnehmern gegenüber als vielleicht berechtigt absehen mag, so konnte man doch manchen Fakultäten den Vorwurf einer „Doktorfabrik" und damit der Herabdrückung der Doktorwürde nicht ersparen, und der letzte Hochschullehrertag in Halle hat sich auch eingehend mit dieser Frage befaßt. Auch der 4. Deutsche Studententag in Erlangen hat auf Vorschlag des Studientages, dem die Beratung alles hochschulreformerischen Vorschlags obliegt, folgenden Beschluß gefaßt: „Die Verleihung der Doktorwürde darf nur an einen hohen Grad wissenschaftlicher Befähigung geknüpft sein, was bei im besonderen der Nachweis zu erbringen ist, daß der Anwärter die Wissenschaft selbständig bereichern kann. Damit ist die Forderung erhoben, daß der akademische Grad des Doktors seine ursprüngliche Bedeutung wieder erhält. Die unwürdige Verschleuderung der Doktorwürde an manchen Hochschulen und Fakultäten wird bedauert. Der Vorstand der Deutschen Studentenschaft wird gemeinsam mit den jeweils in Frage kommenden Fachgruppen jeden Fall offenbarer Herabminderung der Anforderungen oder sonstigen Mißbrauchs öffentlich brandmarken. Grundsätzlich ist zu verlangen, daß die Zulassung zur Doktorprüfung von der vorherigen bestandenen Staatsprüfung bezw. einer entsprechenden Prüfung abhängig gemacht wird und ferner, daß die Anrechnung einer Staatsprüfungsarbeit als Doktorarbeit unzulässig ist."

Stresemann über ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie.

(TU) Dr. Stresemann hielt gestern abend im Pforzheimer Ortsverein der deutschen Volkspartei eine Rede, in der er sich sehr eingehend mit der Reichspolitik beschäftigte. Er verurteilte das Vorgehen des Reichskanzlers in der Streitfrage zwischen Bayern und Reich und mißbilligte dann besonders die Verlesung des Wehrmannschen Berichtes im Verfassungsausschuß. Dabei erklärte er, daß seine Partei auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehe. Wenn wir uns einmal auf den Boden stellen, daß wir mit dieser Verfassung auskommen müssen, müssen wir nach innen und außen eine so breite Regierungsbasis haben, die in der Lage ist, konstante Verhältnisse in Deutschland zu schaffen. Wenn an mich die Frage gerichtet wird, ob ich zu einer Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Partei bereit wäre, die beantwortete ich mit einem glatten Ja. Staat und Wirtschaft können die Mitarbeit der produktiven Kräfte der politischen Beamten usw., die in den Parteien organisiert sind, nicht entbehren. Anstatt zu sagen, Hie Rechtsblock, hie Linksblock, sollte man den Gedanken propagieren: Volksgemeinschaft aller. Wir müssen eine Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie schließen.

Unserm ersten Vorsitzenden
Wilhelm Bartelheimer
zu seinem heutigen Geburtstage
ein donnerndes „Gut Klang!"
Gewidmet vom
Bondoneonklub „Alpenrausch"
4118 Oberaden.

Pastor-Felke-Heilweise
Rheumatismus, Ischias, Hals-, Asthma-, Lungen-, Nieren-, Blasen-, Leber-, Gallen-, Magen-, Darm-Leiden, usw. besonders hartnäckige, veraltete Leiden werden unter Garantie geheilt durch
Elfriede Siebert,
wissenschaftlich ausgebildete Homöopathin.
Zu sprechen: **Jeden Freitag u. Dienstag von 9—12 u. 3½—6 Uhr, in Kamen, Restaurant Neff, Bahnhofstrasse 9.** 4126


Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt das ärztlich empfohlene millionenfach bewährte
Kukirol
Schachtel M. 3.50 in Apotheken u. Drogerien erhältlich

Dienstag oder Mittwoch treffen mehrere Waggons **gelbfleischiger**
Speisekartoffeln
ein. Gebe dieselben zum billigsten Tagespreise ab. Bestellungen werden sofort entgegengenommen. 4139
Johann Hüsten,
Weststraße 22.
Telephon 236.

Leistungsfähiges
Margarine-Werk
sucht einen tüchtigen und zuverlässigen
Vertreter
bei hoher Provision. 4134
Angebote unter **4134** an die Gesch. d. Z.



Zum Einkellern!
Erhalte ab morgen täglich
1 Waggon prima
Speise-Kartoffeln
und verkaufe dieselben am **Bahnhof** und an meinem Hause von vormittags 8 Uhr an.
Gutscheine der Zeche Monopol werden in Zahlung genommen. 4128
Peter Kamp,
Bahnhofstr. 23. **Telephon 265.**

Großer Ofen
(Dauerbrenner) für Laden und Saal geeignet und **Gasofen** billig zu verkaufen. 4132
Gebr. Keil, Kamen, Bahnhofstraße Nr. 57.

Eine gut erhaltene
Laute
umständehalber preiswert zu verkaufen. 4113
Näh. in der Geschäftsst.

Anzeigen aller Art
inseriert man erfolgreich in der
Kamener Zeitung.

Würmer!
Radikale Beseitigung durch echtes Wöringhofener Wurmmittel. Alleinecht: Wörishofener Naturheil-Werke, Elberfeld. Niederlage: Drog. H. P. Thiel, Kamen, Westf. Oststr. 21. Hellweg-Drog. J. Knipping in Rünthe. 3515

Zum 1. Oktober oder später ein schulentlassener Junge als
Laufbursche
gesucht. 4059
Apotheker Kocke.

Runkelrüben-Verkauf
Heil.
Herr Lippmann in Heil läßt am **Donnerstag, den 6. Oktober, nachmittags 5 Uhr,** in der Nähe der Wirtschaft Löbbe und auf dem Busch, **mehrere Morgen sehr gut geratene**
Runkelrüben
nummernweise, meistbietend, gegen Barzahlung verkaufen.
Anfang bei Löbbe.
Heil. 4130
Brüggemann,
Aukt.

Für sofort ein ordentliches 4125
Mädchen
gesucht für alle Hausarbeit. Lohn 150 bis 200 Mark.
Zu erfr. i. d. Geschst.

Möbl. Zimmer,
heizbar, sucht junger Handwerker mit oder ohne Pension. 4121
Gefl. Angebote unter **4121** an die Geschst. erb.


Empfehle Freitag und Samstag Ia. frisches, fettes
Fleisch
und 4137
Wurst.
H. Jühe,
Schillstr. 1 Tel. 274.

Konkurrenzlos billig 4136
kaufen Sie noch
Küchen
Schlafzimmer
Sofas
nur bei uns!
Elegante Modelle, erstklassige Ware.
Auf Wunsch Zahlungserleichterung.
Der weiteste Weg lohnt sich.
Bei Kauf Fahrtvergütung.
Möbelhaus
Heitbrede
G. m. b. H.
Dortmund
Kaiserstr. 26
am Heiligenweg.

Ein kräftiger, gut erhaltener, zweizölliger
Ackerwagen
zu verkaufen. 4129
Näh. in der Geschft. der Kamener Zeitung.

1 Milchschaf und 1 Ziege
zu verkaufen. 4114
Schlachthofstr. 37.

Am Mittwoch nachm. zwischen 4 u. 5 Uhr Bahnhofstraße-Afferderweg
Schildpatt-Haarpfeil
verloren. 4143
Gegen Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Deutsche Volkspartei.
Freitag, den 30. September, abends 8½ Uhr, im Bergheimschen Saale
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Bericht über den Parteitag in Lüdenscheid.
2. Organisationsfragen.
4138 **Der Vorstand.**

Umpressen
Reinigen und Färben von
Damen- u. Herren-Hüten
in wenigen Tagen zu billigsten Preisen. 4121
Gebr. Keil, Kamen, Bahnhofstr. 57.

Allgemeine Ortskrankenkasse Kamen.

Vom 1. Oktober 1921 treten folgende Aenderungen der Satzung in Kraft.

§ 18.

Absatz I wird die Zahl 24 Mark durch 30 ersetzt.

Absatz II wird hinzugefügt:

Stufe 10. Arbeitsverdienst von 22 Mk. bis einschl. 25 Mk.
Stufe 11. Arbeitsverdienst von 25 Mk. bis einschl. 28 Mk.
Stufe 12. Arbeitsverdienst von 28 Mk. und mehr.
Stufe 11. Grundlohn 27 Mk.
Stufe 12. Grundlohn 30 Mk.

§ 47.

Die Kassenbeiträge werden auf fünfeinhalb Hundertstel des in § 18 festgesetzten Grundlohnes festgesetzt und für je eine Woche berechnet.

Sie betragen

für die	Stufe	a	0,33	Mk.
"	"	1	0,66	"
"	"	2	1,33	"
"	"	3	1,98	"
"	"	4	2,64	"
"	"	5	3,30	"
"	"	6	3,96	"
"	"	7	4,95	"
"	"	8	5,94	"
"	"	9	6,93	"
"	"	10	7,92	"
"	"	11	8,92	"
"	"	12	9,90	"

Um die richtige Einstufung vornehmen zu können, werden die Arbeitgeber gebeten, uns unverzüglich den genauen Verdienst der von ihnen Beschäftigten bei der Kasse anzugeben.

Der Vorstand: 4128
W. Gockel, Vorsitzender.